

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal 75 Pf.
Postzeitungsnummer 1621 a.
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten das Blatt gratis.

Redaktion und Verlag:
E. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1897.

(Schluß.)

Das Jahr 1897 war ebenso wie die beiden vorhergehenden Jahre ein wirtschaftlich günstiges. Dies bestätigen fast sämtliche Handelskammerberichte. So sagt die Handelskammer in Bochum in ihrem Berichte für 1897 Folgendes: „Drei Jahre hat nunmehr die Aufwärtsbewegung angehalten, und es hat nicht den Anschein, als ob im laufenden Kalenderjahre dieselbe schon ihr Ende erreichen sollte. Eine drei- bis vierjährige Aufschwungsperiode ist aber für unsere Zeit etwas sehr Ungewöhnliches; denn seit einem Menschenalter glaubt man zu wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung stets in Wellenbewegungen vor sich geht, deren Wellenberge schnell ansteigen, aber ebenso schnell auch wieder fallen, um lang ausgedehnten Wellenthälern Platz zu machen. Dieser dem wirtschaftlichen Leben der letzten drei Jahrzehnte abgelaufrichte Erfahrungssatz hat nahezu die Geltung eines wirtschaftlichen Gesetzes angenommen, so daß in ziemlich weiten Kreisen die Ansicht verbreitet war, daß mit dem Ende des Jahres 1897 der geschäftliche Niedergang einsetzen müßte. Der Umstand, daß der Aufschwung von 1895 nicht, wie mehrfach in früheren Jahren, durch rasch vorübergehende Einflüsse von außenher hervorgebracht wurde, sondern in einer soliden und kräftigen Entwicklung der einheimischen Volkswirtschaft beruhte, gab ihm seine feste und sichere Grundlage, und dadurch, daß er weiter nicht allein auf eine oder zwei Industrien beschränkt blieb, sondern sich nach und nach auf das gesammte Erwerbsleben ausdehnte, erhielt er seine große innere Festigkeit.“

Für das Jahr 1898 machen sich allerdings die Anzeichen der kommenden wirtschaftlich ungünstigen Konjunktur bemerkbar, doch dürfte auch dieses noch als ein günstiges Jahr bezeichnet werden können. Es soll damit jedoch nicht gesagt werden, daß den Arbeitern aus dem wirtschaftlichen Aufschwunge größere Vortheile erwachsen wären. Eine geringfügige Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, das ist alles, was den Arbeitern die günstige wirtschaftliche Konjunktur gebracht hat. Nur an verhältnismäßig wenigen Plätzen gelang es den Arbeitern, und zwar in den meisten Fällen erst durch einen Streik, das Unternehmertum zu veranlassen, von dem ihm zufallenden Gewinn

auch den Arbeitern einige Brocken in Gestalt höherer Löhne zukommen zu lassen. Ob diese Lohnsteigerungen im gleichen Verhältniß zu der zum Theil künstlich hervorgerufenen Steigerung der nothwendigsten Nahrungsmittel stehen, ist mehr als fraglich. Die Arbeiterstatistik liegt in Deutschland so im Argen, daß ein Urtheil über diese Verhältnisse nur auf Annahmen und Schätzungen beruhen kann. Dagegen wird für England vom Board of Trade alljährlich über die Lohnschwankungen nicht nur der industriellen, sondern auch der ländlichen Arbeiter berichtet, so daß dort ein Urtheil über die Besserung der Lage der Arbeiter im Vergleich zur Steigerung der Nahrungsmittelpreise sich auf eine statistische Unterlage stützen kann.

Welche Erhöhung die Löhne in Deutschland im letzten Jahre erfahren haben, dürfte nur an der Zahl der Streiks und Lohnbewegungen abzuschätzen sein, denn das deutsche Unternehmertum läßt Lohnerhöhungen sicher nicht aus Rücksicht auf die Nothlage der Arbeiter, sondern nur auf energisches Drängen eintreten. Selbstverständlich bildet der deutsche Unternehmer darin keine besondere Ausnahme. Der Unterschied zwischen ihm und dem englischen Unternehmer dürfte schließlich nur darin bestehen, daß dieser als besserer Geschäftsmann mit seinen Arbeitern unterhandelt und durch Nachgeben einem Streik vorbeugt. Hier wie dort wird erst durch geschlossenes Auftreten der Arbeiter das Unternehmertum geneigt sein, eine Besserung der Lage der Arbeiter eintreten zu lassen.

Dies dürfte so allgemein richtig sein, daß man nicht fehl geht, wenn man annimmt, daß die Möglichkeit, Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, für die Arbeiter in der Macht ihrer Gewerkschaften ruht. Da nun die Vermehrung der Mitgliederzahl in diesen in Deutschland erst während der Jahre günstiger Konjunktur erfolgt ist, so läßt sich daran abschätzen, inwieweit den deutschen Arbeitern ein Vortheil aus dem wirtschaftlichen Aufschwunge erwachsen ist.

In der Zeit der Prosperität werden sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung etwas verringern. Die Gegner dieser Unterstützung behaupten nun, daß diese Ausgaben in den Perioden der wirtschaftlichen Depression aber

bei anderen die Ausgaben nicht immer die gleiche Höhe erreichen. Immerhin erbringt diese Aufstellung den Nachweis, daß bei den Organisationen, welche Unterstüßungen zahlen, durch Ansammlung eines größeren Fonds infolge höherer Beiträge den wirtschaftlichen Kämpfen mit größerer Sicherheit entgegengesehen werden kann und daß für diese Kämpfe in der Regel mehr Mittel zur Verfügung stehen, als bei den Organisationen,

welche keine Arbeitslosen- und Krankenunderstützung zahlen. Eine Ausnahme von dieser Regel macht nur der Verband der Gutmacher, in welchem die Fabrikantenunterstützung eine große Rolle erfordert, doch ist hier auf der letzten Generalversammlung eine Aenderung in der Unterstützung herbeigeführt, so daß auch bei dieser Organisation ein Ausgleich in Einnahme und Ausgabe herbeigeführt wird. (Schluß folgt)

Kongresse und Generalversammlungen.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 20., 21. u. 22. Juli.

Anwesend sind 33 Delegirte. Der Vorstand ist durch fünf, der Ausschuß durch einen Delegirten vertreten. Außerdem ist die Revisionskommission durch ein Mitglied vertreten.

In seinem Geschäftsbericht, welcher gedruckt vorliegt, führt der Vorstand darüber Klage, daß die Zahlstellenverwaltungen nicht im Entferntesten ihren Pflichten dem Zentralvorstande gegenüber genügt haben.

Streiks haben im verfloßenen Jahre stattgefunden in Duisburg, Hamburg, Lübeck, Rostock, Flensburg, Kiel, Warnemünde, Mannheim und Magdeburg. Trotzdem einige Streiks einen für die Arbeiter ungünstigen Verlauf nahmen, so seien doch auch einige Erfolge zu verzeichnen.

Nach dem Kassenbericht hatte der Verband im letzten Geschäftsjahre, incl. eines Kassenbestandes von M. 5003,86, eine Gesamteinnahme von M. 30 263,29, welcher eine Gesamtausgabe von M. 18 754,20 gegenüber steht. Der Kassenbestand betrug am 30. Juli 1898 M. 11 509,09.

Der Verband zählt 10 000 Mitglieder in 40 Zahlstellen, welche sich auf 24 Hafenplätze vertheilen.

Die Berichte der Delegirten über den Stand der Mitgliedschaften liegen diesmal der Generalversammlung gedruckt vor. In den meisten Berichten wird über die Säumnigkeit der Mitglieder und über den Indifferentismus der dem Verbande fernstehenden Berufsgenossen Klage geführt. Nur wenige konstatiren einen Fortschritt im Wachstum der Organisation.

Eine umfangreiche Diskussion ruft der Punkt „Organisation und Agitation“ hervor. Allseitig ist man der Ansicht, daß in Zukunft mehr als bisher für Ausbreitung der Organisation gethan werden müsse. Beschlossen wird folgende Resolution:

„Aus den Zentralvorständen des Verbandes der Hafenarbeiter und des Verbandes der Seeleute ist eine ständige Agitationskommission zu wählen. Dieselbe hat die Agitation durch Referenten nach auswärts, sowie die Herstellung von Flugchriften usw. zu veranlassen, statistisches Material betreffs Arbeitszeit, Ueberstunden und Nachtarbeit, Lohnverhältnisse, Unfälle, sowie Krankheitsfälle, die durch Bearbeitung gesundheitschädlicher Stoffe herbeigeführt sind, zu sammeln. Sie hat auf der Basis der diesbezüglichen Resolution des Kongresses

die Agitation zu betreiben. Für die Zwecke der Agitationskommission darf der Zentralvorstand zehn Prozent der Gesamteinnahme der Zentralkasse verausgaben.“

Es wird hierauf in die Statutenberatung eingetreten. Beschlossen wird, das Statut abzuanändern, daß auch weibliche Mitglieder genommen werden können. An Beitrittsgeld zahlen dieselben, wie die männlichen Mitglieder 50 M., an Beitrag dagegen nur monatlich 30 M.

Bei Festsetzung der Beitragshöhe wird der einigen Filialen gestellte Antrag, den Beitrag monatlich 40 M. zu reduzieren, abgelehnt, und beschlossen, es bei dem bisherigen Beitrage von monatlich 60 M. zu belassen.

Angenommen wird auch folgender Antrag: „Stirbt ein Mitglied, welches zwei Jahre darüber dem Verbande ununterbrochen angehört, so steht den Angehörigen desselben ein Sterbegeld von M. 50 zu.“ Dieser Beschluß hat rückwirkende Kraft.

Die Generalversammlungen finden in Zukunft nur alle zwei Jahre statt. Jede Mitgliedschaft hat bis zu 1000 Mitgliedern einen, und für je weitere angefangene Tausend einen weiteren Delegirten zu entsenden. Bestehen jedoch an einem Orte mehrere Mitgliedschaften und zählen diese unter 200 Mitglieder, so haben sie gemeinsam einen Delegirten zu entsenden.

Das Fachblatt heißt in Zukunft „Der Hafenarbeiter“, soll mit besserem Inhalte ausgestattet werden und erscheint, wie bisher, vierteljährlich.

Summen von über M. 300 dürfen von den Vorständen nur dann ausgegeben werden, wenn sie hierzu die Genehmigung des Ausschusses erhalten hat.

Auch ein Streikreglement wird beschlossen, welches besagt, daß in Zukunft nur dann in einen Streik eingetreten werden darf, wenn der Vorstand hierzu seine Genehmigung erteilt hat und dies in einer geschlossenen Mitgliederversammlung geheimer Abstimmung mit Zweidrittel-Majorität beschlossen wurde. An Streikunterstützung beträgt pro Woche M. 10 und für jedes Kind M. 1 bezogen auf den Sitz des Vorstandes bleibt in Hamburg, der Ausschusses in Lübeck.

Die nächste Generalversammlung findet in Hamburg statt.

Nachdem noch beschlossen wurde, daß auch ein Verhältniß zur Generalkommission wie bisher weiter bestehen soll, erfolgte der Schluß der Generalversammlung.

Mittheilungen.

Die Nr. 5 des „L'Operaio Italiano“ hat folgenden Inhalt: Die Chinesen Europas. — Was nützen uns die Gewerkschaften? — Ein

italienischer Arbeiter, der keinen Lohn erhält. — Soziale Gegenätze. — Lohn- und Streikbewegungen. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom In- und Auslande.

so bedeutend würden, daß den Gewerkschaften finanziell die Kraft zum Widerstande gegen das Unternehmertum genommen wird. Diese Einwendung hat nur scheinbare Berechtigung. Es ist im Gegentheil erwiesen, daß es den Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, gelang, die früher erkämpften Vortheile auch in der ungünstigsten Geschäftsperiode zu erhalten. So berichtete der Verband der *Handschuhmacher*, daß 1896 ein so ungünstiges Geschäftsjahr war, wie es noch nicht zu verzeichnen gewesen. Der Verband entschloß sich, die Arbeitslosenunterstützung auch an noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder zu gewähren. Dadurch steigerte sich die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung auf *M.* 10,39 pro Kopf der Mitglieder, während sie für 1897 nur *M.* 1,72 betrug. Es gelang aber dem Verbands, durch diese Unterstützung, trotz des Bestrebens der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, jeden solchen Versuch erfolgreich abzuweisen.

Im Allgemeinen ist die Belastung der Gewerkschaften durch die Arbeitslosenunterstützung auch in der Zeit der ungünstigen Konjunktur nicht eine so bedeutende, daß dadurch der Bestand einer Gewerkschaft gefährdet würde. Für Deutschland haben wir nur in dem Verbands der Buchdrucker eine Uebersicht über die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung in einem längeren Zeitraume. Die in diesem Jahre in Nr. 28 des „Correspondenzblatt“ veröffentlichte Uebersicht der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung der englischen Maschinenbauorganisation für den Zeitraum von 47 Jahren bestätigt neben den Angaben für den Buchdruckerverband die von uns aufgestellte Behauptung. Von Jahr zu Jahr wird die für Deutschland geführte Statistik eine immer sicherer werdende Grundlage für die Berechnung der erforderlichen Ausgabe für diese Unterstützung gewähren.

In dem Zeitraume, über welchen die Veröffentlichungen der Generalkommission sich erstrecken, stellen sich diese Ausgaben wie folgt:

Es verausgabten für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder:

	1892	1893	1894	1895	1896	1897
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Buchdrucker	14,72	5,62	5,88	5,09	6,10	5,81
Porzellanarbeiter	10,14	6,49	6,30	3,61	1,78	3,87
Handschuhmacher	9,81	12,95	9,69	—,67	10,39	1,72
Hutmacher	9,75	8,32	11,18	7,29	5,49	7,07
Zigarrenfortirer	7,10	2,36	6,95	2,45	2,87	3,91
Glasarbeiter	3,38	2,81	2,21	1,80	2,51	1,10
Kupferschmiede	3,33	2,96	2,80	2,40	1,16	1,83
Glasler	1,25	—,66	?	—,76	—,42	—,60
Brauer	—,18	—,70	—,81	—,52	—,66	—,49
Bildhauer	—,10	4,42	9,86	8,37	9,10	10,04
Buchbinder	—	—	—	—,97	*1,76	*2,28
Formner	—	—	—	—,34	—,55	—,05
Graveure	—	—	—	—	—	—,63

* Und Reiseunterstützung.

Die Organisationen weisen in diesen Ausgaben nicht für die einzelnen Jahre gleichmäßige Schwankungen auf, so daß aus dem Steigen oder Fallen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung nicht ohne Weiteres Schlüsse auf die Lage der Industrie im Allgemeinen oder des Gewerbes im Besonderen gezogen werden können. Die Ausgaben werden durch wirtschaftliche Kämpfe beeinflusst. Wenn z. B. die Buchdrucker 1892 *M.* 14,72, die

Handschuhmacher 1893 *M.* 12,95, die Hutmacher 1894 *M.* 11,18 und die Porzellanarbeiter *M.* 10,14 pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung verausgabten, so ist dies Theil auf Unterstützung der durch Streiks arbeitslos Gewordenen zurück zu führen. Ferner ist in Betracht, daß an dem wirtschaftlichen Schwunge nicht alle Gewerbe gleichmäßig partizipieren und außerdem nur ein Theil der Gewerkschaften den Organisationen angehört, so daß diese Rechnung weniger ein Urtheil über die Lage als darüber zuläßt, welche Mittel zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung erforderlich sind.

Die Ausgaben für Reiseunterstützung pro Kopf der Mitglieder scheinen mehr der wirtschaftlichen Konjunktur zu folgen, doch wird ein Urtheil über erst möglich sein, wenn die Statistik sich einen längeren Zeitraum erstrecken wird, als bisher der Fall ist.

Es verausgabten für Reiseunterstützung pro Kopf der Mitglieder:

	1892	1893	1894	1895	1896
	M.	M.	M.	M.	M.
Hutmacher	10,20	8,27	7,08	4,19	1,34
Kupferschmiede	9,64	4,62	4,03	3,89	1,82
Buchdrucker	7,57	6,10	6,65	5,77	6,60
Bildhauer	5,52	5,09	4,61	3,42	2,07
Lebendarbeiter	3,85	4,42	3,88	4,14	4,53
Tabakarbeiter	3,34	1,93	?	?	1,63
Formner	2,62	1,80	1,89	1,09	—,72
Handschuhmacher	1,89	1,59	1,65	—,35	—,73
Glasler	1,86	—,66	?	1,23	—,73
Metallarbeiter	1,81	1,68	1,93	1,47	—,57
Holzarbeiter (Verband) ..	1,77	—	1,74	1,14	—,50
Schneider	1,69	1,30	1,57	1,94	1,01
Schuhmacher	1,38	—,92	1,—	—,73	—,42
Zimmerer	1,09	—,52	—,35	—,44	—,10
Zigarrenfortirer	1,08	—,57	—,76	—,78	—,82

Bei Beurtheilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß bei der Reiseunterstützung wieder in einzelnen Organisationen Änderungen in der Höhe der Unterstützungssätze und der Dauer der Bezugsberechtigung eingetreten sind. Die Tabellen ergeben bei einem Vergleiche, daß die Ausgaben für eine mäßige Arbeitslosenunterstützung diejenige für Reiseunterstützung nicht wesentlich übersteigen. Diese Erkenntniß, wie auch die Meinung, daß die Arbeitslosenunterstützung neben der Reiseunterstützung gewährt werden muß, werden allen Mitgliedern die gleichen Rechte eingeräumt werden sollen, hat denn auch dazu geführt, daß in den letzten sechs Jahren in mehreren Organisationen die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wurde. 1891 wurde in 12 von 61 Zentralverbänden, das ist in 19,6 pZt. derselben, in 17 von 55 Zentralverbänden, das ist in 30,9 pZt. derselben, Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Von den Organisationen, welche 1891 Arbeitslosenunterstützung zahlten, haben sich der *Bürstenmacher* und *Lohgerber* andere Verbände angeschlossen und der *Zentralverein der Blätterinnen* hat sich aufgelöst. Neu geführt in der Statistik ist nach 1891 der Verband der *Porzellanarbeiter*, der seit 1888 Arbeitslosenunterstützung zahlte, und die Verbände der *Thlographen*, die gleichfalls schon früher diese Unterstützungseinrichtung hatten. Nach dem Jahre 1891 ist die Arbeitslosenunter-

führung in folgenden Organisationen eingeführt: Buchbinder, Former, Graveure, Handelshilfsarbeiter, Konditoren und Lederarbeiter.

Die Einführung dieser Unterstützung bedingte ohne Weiteres eine Beitragserhöhung. Es läßt sich aber konstatieren, daß auch in den Organisationen, welche keine neuen Unterstützungsrichtungen geschaffen haben, allmählig eine, wenn auch geringfügige, Erhöhung der Beiträge eingetreten ist. Wenn auch diese Beitragserhöhung für den Freund der gewerkschaftlichen Bewegung keine zufriedenstellende sein wird, so zeigt sie doch, daß immer mehr der Gedanke sich Bahn bricht, daß mit der verderblichen Tendenz der niedrigen Gewerkschaftsbeiträge gebrochen werden muß. 1891 war die Beitragshöhe für 50, 1897 für 55 Verbände bekannt. Es hatten einen Beitrag von:

10 \mathcal{M} und unter 10 \mathcal{M}	von 10 bis inkl. 15 \mathcal{M}		
1891 18 Organisi.	= 36 %	22 Organisi.	= 44 %
1897 7	= 13 "	13	= 24 "
15 bis 20 \mathcal{M}	"	20 \mathcal{M}	"
1891 2 Organisi.	= 4 %	2 Organisi.	= 4 %
1897 8	= 14 "	10	= 18 "
20 bis inkl. 30 \mathcal{M}	"	über 30 \mathcal{M}	"
1891 3 Organisi.	= 6 %	3 Organisi.	= 6 %
1897 8	= 14 "	9	= 17 "

Es hatten 1891 von 50 Organisationen 42 oder 84 pZt. einen Beitrag von unter 20 \mathcal{M} pro Woche, während 1897 von 55 Organisationen 28 oder 51 pZt. weniger als 20 \mathcal{M} Wochenbeitrag erhoben.

Wenn auch ein Beitrag von 20 \mathcal{M} noch keineswegs genügt, um die Anforderungen, welche an die Gewerkschaften zu stellen sind, zu erfüllen, so ist der ersichtliche Fortschritt doch äußerst erfreulich. Trügen die Anzeichen nicht, so gehen wir wiederum einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges entgegen. In einer solchen Periode ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß eine Beitragserhöhung in den Gewerkschaften möglich ist. Auch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung dürfte dann äußerst schwierig sein, wenn sich auch gerade in einer solchen Zeit das Bedürfnis für dieselbe geltend macht. Die Gewerkschaften haben dann vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Mitglieder der Organisation erhalten bleiben, und muß jede Maßnahme, welche geeignet ist, die Mitglieder den Gewerkschaften zu entfremden, unterbleiben. Eine Beitragserhöhung könnte aber das letztere Resultat herbeiführen, während sie in der günstigen Konjunktur nicht zu einer Verringerung,

sondern eher zu einer Erhöhung des Mitgliederbestandes führt. Diese Annahme wird durch die vorstehende Tabelle bestätigt, in welcher einige der Organisationen, bei welchen in den letzten Jahren eine Beitragserhöhung erfolgt ist, aufgeführt sind.

Selbstverständlich soll nicht behauptet werden, daß eine Steigerung der Mitgliederzahl durch die Beitragserhöhung eintritt, sondern es soll nachgewiesen werden, daß eine Beitragserhöhung die Mitglieder nicht aus den Gewerkschaften treibt, wie dies von den Freunden niedriger Beiträge behauptet wird. Eine Beitragserhöhung muß aber, wenn sie erfolgreich wirken soll, während des wirtschaftlichen Aufschwunges erfolgen, und wäre es wünschenswerth, wenn die Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen dies beachten und eine Erhöhung der Beiträge vor Einsetzen der wirtschaftlichen Depression herbeiführen würden.

Rechnen wir die Unterstützungsbeträge, welche, entsprechend den Aufstellungen in Tabelle II, an die Mitglieder gezahlt worden sind, zusammen, so erhalten wir:

Rechtschutz	in 37 Organisi. M.	30 147
Gemakregelunterstütz.	" 25	" 30 973
Reiseunterstützung	" 33	" 289 036
Arbeitslosenunterstützung	" 18	" 260 316
Krankenunterstützung	" 11	" 454 494
Invalidenunterstützung	" 3	" 68 088
Beihilfe in Noth- und Sterbefällen	" 21	" 64 906
Summa M.		1 197 960

Die Ausgabe aus den Verbandskassen für Streikunterstützung betrug M. 881 758, es sind demnach für andere Unterstützungen M. 315 202 mehr als für Streiks verausgabt worden. Hierin sind die zum Theil beträchtlichen Aufwendungen für Unterstützungszwecke aus lokalen Mitteln nicht einmal eingerechnet. Diese Gegenüberstellung zeigt, auf welche Informationen Herr v. Posadowsky sich stützte, wenn er die Behauptung aufstellen konnte, die Gewerkschaften seien nichts als Streikvereine.

Zu den Summen, welche für Unterstützungen an hilflosbedürftige Mitglieder verabsolgt worden sind, käme — abgesehen von den Beträgen, die für Unterstützungen verausgabt wurden und als sonstige Ausgaben verbucht sind, sowie die Ausgaben für Stellenvermittlung und Bibliotheken — der verausgabte Betrag für das Verbandsorgan. Selbst ein preukischer Minister wird nicht leugnen können, daß die Fachzeitungen wesentlich dazu beitragen, das Bildungsniveau der Arbeiter zu heben. Wenn man aber bestrebt ist, die Bildung der Bevölkerung hinten zu halten, um ungeförter reaktionäre Maßnahmen treffen zu können, so wird man in dem durch die Fachorgane der Gewerkschaften verbreiteten Wissen eine Gefahr für den Staat, allerdings nur für den reaktionären Staat, erblicken.

Leute, welche den Fortschritt wollen, werden in diesen Leistungen der Gewerkschaften ein Mittel zur geistigen Hebung der Bevölkerung erblicken. Als solches halten auch wir die Fachzeitungen, und glauben uns vollberechtigt, zu den Beträgen, welche als direkte Unterstützung an die Mitglieder verabsolgt wurden, auch die Ausgabe für das

	1893		1897		Mitglieder- zunahme gegenüber 1893
	Wochen- beitrag	Mitglieder- zahl	Wochen- beitrag	Mitglieder- zahl	
Buchbinder	25	3421	35	6258	2837
Former	15	2757	20	4853	2096
Holzarbeiter	15	23760	20	40876	17116
Konditoren	15	303	30	452	149
Lederarbeiter	20	2600	25	4136	1536
Lithographen	15	4083	20	5189	1106
Metallarbeiter	15	28429	20	59890	31461
Schuhmacher	10	10356	15	14935	4579

folgender (in Klammern der Betrag für 1896 beigefügt): Klyographen M. 121,73 (?), Buchdrucker 71,11 (60,60), Hutmacher 32,11 (80,80), Zigarrenfortirer 29,35 (24,77), Bildhauer 18,52 (13,70), Kupferschmiede 17,77 (11,77), Porzellanarbeiter 16,48 (9,84), Handschuhmacher 16,29 (11,74), Glaser 11,22 (7,73), Buchbinder 10,03 (6,27), Bergolber 8,63 (6,73), Lederarbeiter 7,62 (2,58), Graveure 5,63 (—), Stufateure 5,38 (3,40), Zimmerer 4,77 (4,59), Former 4,57 (5,28), Sattler 4,40 (3,33), Schneider 4,28 (1,98), Lagerhalter 4,06 (?), Schiffszimmerer 3,65 (2,15), Konditoren 3,64 (0,90), Holzarbeiter (Verband) 3,01 (1,27), Wöttcher 2,96 (1,62), Metallarbeiter 2,94 (1,50), Maler 2,92 (2,17), Werftarbeiter 2,61 (0,75), Glasarbeiter 2,60 (8,33), Brauer 2,43 (0,98), Bauarbeiter 2,37 (1,26), Töpfer 2,25 (0,69), Schmiede 2,10 (1,46), Holzarbeiter (Hülfsarbeiter) 1,89 (1,92), Steinsezer 1,78 (2,08), Fabrikarbeiter 1,70 (0,73), Maurer 1,64 (2,67), Müller 1,60 (1,26), Handelsküllsarbeiter 1,28 (—), Bäcker 1,23 (0,77), Steinarbeiter 1,20 (5,16), Handlungsgehülften 1,17 (—), Seeleute 1,13 (—), Hafnarbeiter 1,11 (1,45), Lithographen 1,05 (0,27), Textilarbeiter 1,05 (1,15), Gasarbeiter 0,91 (—), Bergarbeiter 0,86 (0,96), Schuhmacher 0,67 (2,94), Barbier 0,50 (—), Dachdecker 0,36 (—), Gärtner 0,25 (0,33), Bureauangestellte 0,13 (0,45).

Gegenüber 1896 ist eine Abnahme des Klassenbestandes pro Kopf der Mitglieder zu verzeichnen bei den Hutmachern, Formern, Glasarbeitern, Holzhülfsarbeitern, Steinsezern, Maurern, Steinarbeitern, Hafnarbeitern, Textilarbeitern, Bergarbeitern, Schuhmachern, Gärtnern und Bureauangestellten. Bei den Hutmachern und Glasarbeitern trat die Verringerung des Klassenbestandes durch Verluste ein, welche die Organisationen durch Eingehen der Genossenschaften, zu welchen Mittel aus dem Verbandsvermögen geliehen waren, erlitten. Bei den anderen Organisationen, mit Ausnahme der Gärtner und Bureauangestellten, verminderte sich der Vermögensstand durch größere Ausgaben für Streiks.

Die beiden letzten Jahre brachten einen bedeutenden Aufschwung in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands und hält dieser auch für das laufende Jahr noch an. Weit entfernt, mit den Ergebnissen zufrieden zu sein, muß doch eine freudige Genüthung die Herzen Derer erfüllen, welche eifrig bestrebt sind, den Gewerkschaften zu solcher Macht und solchem Ansehen zu verhelfen, daß sie dauernd den Arbeitern wirtschaftliche Vortheile zu bringen vermögen und einen größeren fördernden Einfluß auf die kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft gewinnen, als dies bisher möglich war. Dies wird erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft es will, trotz aller Drohungen, die von dem Unternehmertum und den mit ihnen sympathisirenden Mächthabern kommen. Noch haben die Gewerkschaften nicht ein einziges Jahr ungeführt sich entwickeln können, und doch hat sich ihre numerische und finanzielle Leistungsfähigkeit verdoppelt und verdreifacht. Dies muß uns mit dem Bewußtsein erfüllen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht zu vernichten ist. Sie mag ihre Form ändern, andere Bahnen einschlagen, je nachdem Gewaltmaßregeln gegen sie angewandt werden, aber beseitigen wird sie auch

die mit den brutalsten Mitteln arbeitende Reaktion ebensowenig können, als dies bei der allgemeinen Arbeiterbewegung möglich ist. Im Gegentheil zeigte sich, daß die verfolgten Gewerkschaften bedeutende Fortschritte machen, während die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, die sich der Sympathie der Mehrzahl der Unternehmer und Behörden erfreuen, zu keiner nennenswerthen Entwicklung kommen. Seit 1899 haben sich die Gewerkschaften fast ungeführt entwickeln können, selbst das Sozialistengesetz hinderte sie daran nicht im geringsten.

Während die Gewerkschaften dem Sozialistengesetz zum Opfer fielen, vermehrte sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Diese hatten 1878 16525, 1879 16539 und 1880 21000 Mitglieder. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß selbst in der Zeit der rücksichtslosesten Arbeiterverfolgung den Gewerkschaften kein Leid geschah. Trotzdem zählen sie nur einen winzigen Bruchtheil der Arbeiter als Mitglieder.

Ihre gesammte Mitgliederzahl betrug Ende 1897 noch nicht einmal so viel Köpfe, als die Gewerkschaften in diesem Jahre an Mitgliedern zunahmen. Die Gewerkschaften zählten 1897 in 17 Verbänden und 2 Ortsvereinen 79553 Mitglieder, während die Gewerkschaften in diesem Jahre um 83129 Mitglieder zunahmen. Es ist dies auch ganz folgerichtig, denn ein denkender Arbeiter wird sich trotz aller Phraseologie nicht in Organisationen hineinziehen lassen, die dem Kapital mehr als der Arbeiterschaft dienlich sind. Wie es aber mit der vielgerühmten Unterstützung, die ein Zugmittel sein soll, in den Gewerkschaften aussieht, ist in dem Artikel aus „Neue Zeit“ in Nr. 25 1898 des „Correspondenzblatt“ dargethan. Für 1897 ergibt sich dasselbe Bild; obgleich auch die geringfügigsten Beträge, bis zu M. 5 herunter, eingerechnet sind, kommen insgesammt doch nur M. 90744 an Unterstützungen zusammen. Das macht pro Kopf der Mitglieder im Jahre M. 1,14. Wie wir in der besonderen Aufstellung zeigten, ist nicht von allen Gewerkschaften der für 1897 an Unterstützungen verausgabte Betrag bekannt. Soweit Angaben gemacht sind, betragen die von den Gewerkschaftsverbänden gezahlten Unterstützungen M. 1197960 oder bei 412359 Mitgliedern pro Kopf M. 2,90. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß die Gewerkschaften nur ein bedeutungsloses Dasein fristen können, auch wenn ihnen noch mehr Sympathie von den Gegnern der Arbeiterbewegung entgegengebracht werden sollte, als bisher.

Die Gewerkschaften wollen von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nichts wissen. Sie sind bemüht, die Noth ihrer Mitglieder zu lindern, ohne zu versprechen, die Noth völlig beseitigen zu können. Sie unterstützen nach besten Kräften ihre Angehörigen; ihr Hauptzweck aber ist nicht die Unterstützung Einzelner, sondern die Erhöhung der Lebenshaltung und der Bildung der Gesamtheit der Arbeiterschaft. Und dieses Ziel wird von ihnen erreicht werden, was immer auch kommen mag.

In der Statistik ist der „Verband der Maschinenisten und Heizer“ nicht mit aufgeführt worden, weil eine nähere Verbindung desselben mit der Generalkommission nicht bestand,

Verbandsorgan als eine den Arbeitern gewährte geistige Unterstützung, hinzurechnen zu dürfen. Geschieht dieses, so zeigt sich noch deutlicher, welche Verwandtniß es mit der Aeußerung des Grafen v. Posadowsky, die Gewerkschaften seien nichts als Streikvereine, hat. Dann übersteigen die im materiellen und geistigen Interesse der Mitglieder der Gewerkschaften gemachten Ausgaben die aus den Verbandskassen erfolgten Aufwendungen für Streikzwecke im Jahre 1897 um **M. 754461** oder um **drei Viertel Millionen Mark**.

Noch deutlicher zeigt sich die Bedeutung, welche die Gewerkschaften für die Wohlfahrt der Arbeiter haben, ohne die direkte Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Streiks zu berücksichtigen, wenn die Ausgaben der Gewerkschaft für den Zeitraum der letzten sieben Jahre zusammengestellt werden.

Die Gewerkschaften, für welche Mittheilungen für die einzelnen Jahre vorliegen, hatten folgende Ausgaben für Unterstützungszwecke und das Verbandsorgan:

Im Jahre	Reichstschuß	Gewerblich- regelmäßig- unterstützung	Heiße- unterstützung	Arbeitslosen- unterstützung	Kranken- unterstützung	Invaliden- unterstützung	Beihilfe in Noth- und Sterbefällen	Zusammen	Streik- unterstützung	Verbands- organ
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1891	10843	14737	144338	*) 64290	*) —	*) —	*) —	234208	1037789	15401
1892	9705	236964	382607	357087	—	21972	25284	1033619	44943	28547
1893	12542	28321	328748	220926	304648	*) —	41762	936947	65356	29215
1894	12902	14630	350455	239750	425489	*) —	41744	1084970	188980	26595
1895	15871	40307	302603	196912	454114	*) —	42080	1051887	253589	27438
1896	18349	37346	310000	243201	430038	57947	53837	1150718	944372	36270
1897	30147	30973	289036	260316	454494	68088	64906	1197960	881758	43925
Summa ...	110359	403278	2107787	1582482	2068783	148007	269613	6690309	3416787	207396

*) Für 1891 sind diese Ausgaben in der Statistik nicht geführt und bis 1896 ist die Invalidenunterstützung nicht getrennt berechnet, sondern in der Ausgabe für Krankenunterstützung enthalten.

Diese Zahlen geben insofern noch kein vollständiges Bild, als in einigen Jahren nicht sämtliche Gewerkschaften in der Statistik vermerkt sind und die angegebenen Ausgaben nur solche der Zentralkassen sind. Das Letztere gilt auch für die Streikunterstützung und wird dadurch ein Ausgleich herbeigeführt, weil die Zahlen gleichwerthiger werden.

Es wurden nach den vorstehenden Aufstellungen in den Jahren von 1891—97 aus den Verbandskassen **M. 6 690 309** an der Hülfe bedürftige Mitglieder verabfolgt, während aus derselben Quelle nur **M. 3 416 787** für Streikzwecke verausgabt wurden. Die erste Ausgabe übersteigt die für Streiks also um **M. 3 273 522**. Rechnet man aus den angeführten Gründen die Ausgabe für das Verbandsorgan hinzu, so haben die Gewerkschaften von 1891—1897 im geistigen und materiellen Interesse ihrer Mitglieder **M. 5 347 491**, **Fünf und eine Drittel Million Mark**, mehr als für Streikzwecke verausgabt.

Darnach beurtheile man die im Reichstage gegen die Gewerkschaften gefallenen Aeußerungen und die neuerliche Heze, welche die reaktionäre Presse gegen die Gewerkschaften aus Anlaß der Veröffentlichung unserer statistischen Tabellen für 1897 zu inszeniren versucht.

Für Bibliotheken und Stellenvermittlung wurde aus den Zentralkassen nur eine verhältnißmäßig kleine Summe verausgabt. Die Hauptausgabe für diese Zwecke liegt in den Verwaltungsstellen, welche hierzu einen beträchtlichen Theil ihrer Einnahme, die sie als Prozente am Orte behalten, verwenden. Fast jede Verwaltungsstelle einer Zentralorganisation hat einen Arbeitsnachweis, der Ausgaben verursacht; auch wird es wenig Zweigvereine geben, die eine größere Mitgliederzahl haben, welche nicht eine Bibliothek besäßen. Wie groß

sich die Ausgabe für Erhaltung und Vermehrung dieser Bibliotheken gestaltet, läßt sich auch nicht annähernd schätzen. Die Bibliothek des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona umfaßte 1897 3000 Bände und wurden für Verwaltung und Vermehrung der Bibliothek **M. 764** verausgabt. In einigen Orten sind die Bibliotheken der Zweigvereine zu einer Gewerkschaftsbibliothek vereinigt für welche die Gewerkschaften Beiträge leisten. Die Stuttgarter Gewerkschaftsbibliothek zählte 1897 1842 Bände, und wurden **M. 1964** für Bibliothekszwecke verausgabt.

Unsere im vorigen Jahre ausgesprochene Befürchtung, daß die Streikausgaben für 1897 eine Verminderung des Vermögensbestandes der Gewerkschaften herbeiführen würden, ist nur zum Theil eingetroffen, denn nur 13 Organisationen weisen einen Rückgang im Kassenbestand auf. In allen anderen Gewerkschaften ist eine zum Theil beträchtliche Erhöhung des absoluten wie auch des relativen Kassenbestandes eingetreten. Der letztere allein giebt den Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Gewerkschaft. Welcher Fortschritt auch auf diesem Gebiete in den sieben Jahren im gewerkschaftlichen Leben eingetreten ist, zeigt die folgende Aufstellung.

Es hatten einen Kassenbestand pro Kopf der Mitglieder von:

	1891	1896	1897	
Unter 50 M:	15	4	3	Organisationen
M. 0,50 — 1:	11	8	4	"
" 1 — 1,50:	8	7	8	"
" 1,50 — 2:	3	4	5	"
" 2 — 3:	5	7	9	"
" 3 — 5:	1	3	8	"
" 5 — 10:	4	8	4	"
Über M. 10:	1	6	10	"

In den einzelnen Organisationen war der Vermögensstand pro Kopf der Mitglieder Ende 1897

obgleich die statistischen Fragebogen von dem Verbandsausgänger ausgefüllt worden sind. Da der Verband auf seiner letzten Generalversammlung beschlossen hat, sich auf dem nächsten Gewerkschaftskongress vertreten zu lassen, so wird er fortan in der von der Generalkommission geführten Statistik Aufnahme finden und lassen wir die Angaben über die Organisation für 1897 als Nachtrag folgen:

Der Verband wurde 1893 gegründet und zählte im ersten Jahre 1200 Mitglieder. 1897 waren in 48 Zweigvereinen im Jahresdurchschnitt 2364 Mitglieder. Das Eintrittsgeld beträgt 50 M . Die Beiträge werden von den einzelnen Zweigvereinen selbstständig festgesetzt und betragen 40 M bis M 1 pro Monat. An die Verbandskasse sind pro Mit-

glied und Monat 30 M zu zahlen. Das Verbandsorgan, „Deutscher Maschinist und Heizer“, er-
scheint in einer Auflage von 4500 Exemplaren in
monatlich und wird den Mitgliedern auf Ver-
kosten geliefert. Abonnementsbetrag ist 75 M
Quartal. Die Jahreseinnahme des Verbands
betrug für 1897 M . 9124,85. Ausgaben von
Verbandsorgan M . 7703, Agitation M . 478, S-
unterstützung an andere Gewerkschaften M .
Rechtschutz M . 259, Beihilfe in Sterbef-
 M . 1802, Gehälter M . 300, Verwaltungsmat-
 M . 243, Konferenzen M . 54. Gesamtaus-
 M . 11439. Kassenbestand in der Hauptkasse M . 8
in den Zweigvereinen M . 11000.

Kongresse und Generalversammlungen.

Neunter

internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Wien, 1. bis 5. August 1898.

Der Kongress ist besetzt durch 61 Delegirte. Aus England sind anwesend 33 Delegirte, aus Oesterreich 19, Belgien 3, Frankreich 2 und Schweden 4. Deutschland hatte von einer Besichtigung des Kongresses des Kostenpunktes halber Abstand genommen, doch nahm als Gast daran Theil der Bergarbeiter Ludw. Schröder-Essen. Des Weiteren nahmen an den Verathungen als Gäste Theil drei Vertreter der österreichischen sozialdemokratischen Partei und ein Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Achtstundentag“, trat diesmal weniger als auf früheren Kongressen die Meinungsverschiedenheit der englischen Delegirten zu Tage. Bekanntlich ist ein Theil der organisirten englischen Bergarbeiter gegen die Erstrebung des Achtstundentages auf dem Wege der Gesetzgebung. Sie vertreten den Standpunkt, daß dieses Ziel nur durch Selbsthilfe, durch den wirtschaftlichen Kampf erreicht werden kann. „Denn“, so erklärte der Delegirte für Durham, „gerade seine Organisation habe bereits den Achtstundentag und noch mehr ohne das Parlament erreicht.“ Andererseits wird zur Begründung des gesetzlichen Achtstundentages auf den englischen Maschinenbauerstreik hingewiesen. Die Maschinenbauer verfügten über die reichste und ausgebreitetste Organisation, ihr gehörten die opfer- und kampfesfreudigsten Männer an, und trotzdem sei ihnen die Erringung des Achtstundentages nicht gelungen. Folgende Resolution der „Miners Federation“, mit einem Amendement eines österreichischen Delegirten, findet Annahme:

„Der Kongress verlangt die Einführung des gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages, Einfahrt und Ausfahrt inbegriffen, für alle am Bergbau beschäftigten Arbeiter, ob über Tage oder unter Tage.“

Die Abstimmung über diesen wie über alle folgenden Punkte erfolgte nach Nationen, und hatte jede Delegation so viel Stimmen, wie sie Berufs-genossen vertrat. Für die Resolution wurden 813000, dagegen 130000 Stimmen abgegeben.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Haftbarkeit der Arbeitgeber“, lag folgende Resolution vor: „Die Arbeitgeber sind für alle Unglücksfälle, die den Arbeitern zustößen, verantwortlich zu machen. Es sind in diesem Gesetze für die Bergindustrie zu schaffen. Der Kongress stimmt keinem Gesetze zu, das es ermöglicht, die Verantwortlichkeit durch gegenseitige Kontrakte zu umgehen.“

Außerdem beantragten die französischen und belgischen Delegirten: „Es ist ein Gesetz zu schaffen, das die Arbeitgeber zwingt, ihre Arbeiter bei Unfällen, die ihnen während der Arbeit entweder in den Gruben oder in deren Nähe zustößen, zu entschädigen.“

Die Diskussion über diesen Punkt ergab ständige Einmütigkeit. Von den Vertretern sämtlicher Nationen wurde darüber Klage geführt, daß wohl schwache Anfänge gemacht worden sind, die Arbeiter bei Unfällen zu schützen, diese Gesetze aber nicht im Entferntesten den Wünschen der Arbeiter genügen. Das Versicherungswesen müßte dahin geregelt werden, daß der Arbeiter bei völliger Erwerbsunfähigkeit auch vollen Lohn ausgezahlt erhalte, welchen er zur Zeit des Unfalles verdient habe.

Vorstehende Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Den dritten Verathungsgegenstand bildete die Arbeitslohnfrage. Die Grundlage der Verathung bildeten folgende Anträge: Miners Federation: „Der Kongress hält den Zeitlohn für gekommen, für alle Bergarbeiter einen Minimallohn festzusetzen und für einen solchen zu kämpfen, wenn es nöthig sein sollte.“ Frankreich und Belgien verlangen, „daß jede Nation dem Generalsekretär einen Bericht über den jährlichen Arbeitslohn und die Arbeitszeit übermittle, damit bei dem nächsten Kongress diese Berichte vorlege.“

Die Meinungen gehen bei diesem Punkte auseinander. So erklärt der Delegirte für Northumberland, daß er der vorliegenden Resolution keinen anderen Werth beilege, als daß darin der Wunsch nach möglichst hohen Löhnen ausgesprochen was natürlich auch sein Wunsch sei. Würde der Minimallohn eingeführt, so würde er den Arbeitern mehr schaden als nützen. Dem wird von den meisten Delegirten entschieden widersprochen.

Wenn von einem Minimallohn gesprochen würde, so sei dies nicht so zu verstehen, daß ein solcher für die Bergarbeiter der ganzen Welt gleichmäßig zu verstehen sei, sondern jedes Land, ja vielleicht jeder Distrikt müsse einen solchen den obwaltenden Verhältnissen entsprechend festsetzen. Den besten Beweis für die Zweckmäßigkeit der Einführung eines Minimallohnes biete der gegenwärtige Streik der Kohlenarbeiter in Südwales, deren Vertreter auf dem letzten Kongreß noch gegen den Minimallohn gestimmt haben. Dort habe man bis vor kurzem das System der gleitenden Lohnskala, nach welchem der Arbeitslohn nach dem Verkaufspreis der Kohle festgesetzt wurde, für das Bessere gehalten, damit aber üble Erfahrungen gemacht. Auch von den Vertretern aller übrigen Länder wird über die Willkür bei Festsetzung des Arbeitslohnes Klage geführt. Der Bergarbeiter habe ein Recht, einen Lohn zu verlangen, hinreichend groß genug, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Die Abstimmung über die Resolution ergab 813000 Stimmen für und 136000 Stimmen gegen dieselbe.

Zum nächsten Punkte, der Frage der Ueberproduktion, verlangt die französische und belgische Delegation in einer Resolution eine internationale Regelung der Produktion der Kohlen. Nach kurzer Diskussion, in welcher ganz besonders betont wird, daß der Kongreß endlich einmal aufhören müsse, sich mit Problemen zu beschäftigen, die in der heutigen Gesellschaft nicht zu lösen seien, wird die vorgeschlagene Resolution mit 715000 gegen 65000 Stimmen abgelehnt.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung, Invaliden- und Alterspension, findet seine Erledigung durch einstimmige Annahme folgender Resolution: „Der Kongreß beschließt, die Regierungen aller hier vertretenen Nationen sind zu veranlassen, Gesetze, betreffend die Alters- und Invalidenpensionen, zu schaffen; doch dürfen diese in keiner Weise die Haftbarkeit der Arbeitgeber betreffs der etwaigen Entschädigung für Unfälle beeinflussen, die die Arbeiter bei der Arbeit oder auf dem Wege von und zur Arbeit erleiden.“

Beim sechsten Punkt, der Frage der Grubeninspektion, wird, nachdem sämtliche Redner über die ungenügende Inspektion der Bergwerke und über den Mangel an geeigneten Personen, diese auszuführen, Klage geführt hatten, einstimmig beschlossen, dahin zu wirken: „daß zur Inspektion der Gruben Delegirte der Arbeiter, welche diese aus ihren eigenen Reihen mittelst geheimer Wahl wählen und die vom Staate besoldet werden, hinzugezogen werden. Die Inspektion der Gruben muß mindestens zweimal im Monat erfolgen“.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung stellt Frankreich den Antrag: Für Nationalisierung der Bergwerke einzutreten. Dieser Antrag wird, nachdem ein Delegirter Oesterreichs darauf hingewiesen, daß er wohl gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, dieser aber für sein Land keinen praktischen Werth habe, gegen 136000 Stimmen angenommen.

Als Ort für den nächsten Kongreß wird Brüssel bestimmt.

Jahresbericht des Gewerkschaftskartells Freiburg i. S.

Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898.

Im Kartell vertreten sind zur Zeit acht Gewerkschaften, und zwar: die Maurer, Holzarbeiter, Schuhmacher, Steinmetzen, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zigarrenfortirer und Zimmerer. Die Organisationen der Gutmacher und Töpfer sind ohne Grund dem Kartell fern geblieben. Die Thätigkeit des Kartells war im verfloffenen Jahre nicht sehr umfangreich. Zurückzuführen ist dies darauf, daß den Arbeitern zu Abhaltung von Versammlungen geeignete Lokalitäten nicht zur Verfügung stehen, dann aber wurden auch durch die Reichstagswahlen die vorhandenen Kräfte voll und ganz in Anspruch genommen. Um die dem Kartell noch fern stehenden Organisationen der Maler, Metallarbeiter, Buchdrucker und Kupferschmiede zum Anschluß zu bewegen, wurden vier öffentliche Versammlungen abgehalten, ohne jedoch damit einen Erfolg zu erzielen.

Die Erziehungswahlen für die Ortskrankenkassen wurden vom Kartell in die Hand genommen, was zur Folge hatte, daß die vom Kartell aufgestellten Kandidaten einstimmig gewählt wurden.

Zur Feststellung der in Freiburg bestehenden Löhne und der Arbeitszeit wurden vom Kartell Fragebogen ausgearbeitet und an die Gewerkschaften vertheilt. Das Ergebnis derselben wird demnächst veröffentlicht werden.

Die Klassenverhältnisse sind keine besonders günstigen zu nennen, was in erster Linie auf die Interesslosigkeit der Freiburger Arbeiterschaft zurückzuführen ist.

Die Einnahme betrug im letzten Geschäftsjahre M. 135,91, die Ausgabe M. 106,10, so daß am Schlusse desselben ein Kassenbestand von M. 29,81 vorhanden war.

Die Einnahmen für freiwillige Beiträge zum Streik betrugen M. 31,75, wovon M. 15,20 an die englischen Maschinenbauer abgeführt wurden.

Mittheilungen.

Vom Vorstande des Zentralverbandes der Zimmerleute Deutschlands erhielten wir nachstehende Berichtigung zur Veröffentlichung:

Im „Correspondenzblatt“, Nr. 30, befindet sich unter der Rubrik „Situationsbericht“ eine Notiz

aus Lauenburg, nach welcher die dortigen Schiffszimmerer die Arbeit niederlegten, weil von den Meistern Hauszimmerer beim Schiffbau angestellt, und diese, die Hauszimmerer, zu Lohnrückern der Schiffszimmerer wurden. Aus der ganzen Notiz geht nun klar und deutlich